

AUGE/UG	Warum eine budgetäre Bevorzugung des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) gegenüber den österreichischen Universitäten?
13	
Zuweisung	Ausschuss Bildung und Kultur

Information: Antrag wurde im Ausschuss für Bildung und Kultur diskutiert und der Fraktion AUGÉ/UG mitgeteilt, dass sie den Antrag überarbeiten sollen, da sich hier das 2 %-BIP-Ziel nur auf die Universitäten bezieht. Weiters wird auch die Überschrift als problematisch erachtet: Es sollte nicht das ISTA, das sich – im Unterschied zu den Universitäten – erst im Aufbau befindet, an den Pranger gestellt werden, sondern die unzureichende Finanzierung des Hochschulsektors bzw. die fehlende längerfristige Entwicklungs- und Finanzierungsplanung. Überarbeitet wurde die Überschrift (war als Frage formuliert) und der Ausdruck „Universitäten“ in „Hochschule“. (Siehe nachstehend geänderter Antrag)

Im Antrag wird eine ausreichende Finanzierung der Universitäten (bis zumindest 2 % des BIP) mit einem langjährigen Planungshorizont gefordert, um kein „Zweiklassensystem“ aufkommen zu lassen.

Grundsätzlich sind eine Aufstockung der Mittel für die Universitäten und eine längerfristige Planung zu unterstützen. Die BAK hat bereits mehrfach einen mehrjährigen nationalen Hochschulrahmenplan gefordert. Im Programm „Chancengerechtigkeit durch Bildung“ werden auch konkrete Umsetzungsschritte für das Ziel, 2 % des BIP 2020 zu erreichen, gefordert. 2010 lag das Hochschulbudget bei 1,23 % des BIP.

Im geltenden Universitätsgesetz sind dreijährige Globalbudgets vorgesehen. Die Verhandlungen für die Jahre 2013 – 2015 sind derzeit im Laufen und müssen bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Für die nächsten Leistungsvereinbarungen steht ein Budget von rund 6,8 Mrd. € für 3 Jahre zur Verfügung.

Neu lautende Formulierung des Antrages:

**Antrag 13
der AUGÉ/UG -
Alternative und Grüne GewerkschafterInnen/Unabhängige GewerkschafterInnen**

**zur 157. Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien
am 25. April 2012**

~~Warum eine budgetäre Bevorzugung des Institute of Science and Technology Austria (ISTA) gegenüber den österreichischen Universitäten?~~

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien fordert eine ausreichende Dotierung des sowie eine längerfristige Entwicklungs- und Finanzierungsplanung für den Hochschulsektor

Das ISTA in Maria Gugging hat von der österreichischen Bundesregierung eine langfristige Finanzierungszusage (für die Jahre 2017 bis 2026) über eine Milliarde Euro erhalten (plus rund 400 Millionen vom Land Niederösterreich).

Der Hinweis von Verantwortlichen, u.a. Bundesminister Töchterle, dass das ISTA eine längerfristige Finanzierungsgarantie benötige, ist ein Hohn gegenüber Österreichs Universitäten Hochschulen. Eine längerfristige Finanzierungssicherheit mag für das ISTA notwendig sein, um als exzellente Forschungs- und Wissenschaftseinrichtung Fuß zu fassen; für die Arbeit der bestehenden Universitäten Hochschulen ist diese jedoch ebenso essentiell. Leistungsvereinbarungen mit diesen werden aber nur auf drei Jahre abgeschlossen und bieten demnach keine derartige Planungssicherheit.

Österreichs Universitäten Hochschulen bilden die WissenschaftlerInnen und ForscherInnen der Zukunft aus – das ISTA selbst bietet keine „Undergraduate-Ausbildung“ an und ist somit auf Nachwuchs angewiesen, den die Universitäten Hochschulen „zur Verfügung“ stellen.

Wollen die Universitäten Hochschulen diesem Auftrag der Ausbildung der WissenschaftlerInnen der Zukunft weiter nachkommen, so benötigen sie die ausreichenden Mittel und eine finanzielle Sicherheit, die länger als drei Jahre umfasst. Lehre, Wissenschaft und Forschung müssen geplant, finanziert und umgesetzt werden – nur so kann Österreich seine noch gute Positionierung als Forschungs- und Wissensstandort weiter ausbauen.

Die 157. Vollversammlung der AK Wien möge daher beschließen:

Die Arbeiterkammer Wien fordert die österreichische Bundesregierung auf, Österreichs Universitäten Hochschulen eine ausreichende Finanzierung (eine jährlichen und stetigen Anhebung der Finanzierung auf zumindest 2% des BIP) mit einem langfristigen Planungshorizont zukommen zu lassen, wie sie diese auch dem Institute of Science and Technology Austria zur Verfügung stellt und kein „Zweiklassensystem bei Forschungs- und Bildungseinrichtungen“ aufkommen zu lassen.